Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9028**

18. Wahlperiode 05.07.2016

Antrag

der Abgeordneten Christine Buchholz, Dr. Alexander S. Neu, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Niema Movassat, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Rückholung der Bundeswehreinheiten aus der Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Beim Besuch der Bundesverteidigungsministerin in der Türkei am 1. und 2. Juli dieses Jahres wurde deutlich, dass die Türkei auch weiterhin nicht gewillt ist, Besuche von Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei den in Incirlik in der Türkei stationierten Einheiten der Bundeswehr zu gestatten. Äußerungen aus der Presse in der Türkei ist zu entnehmen, dass diese Blockade durch die Entscheidung des Bundestages provoziert wurde, die Massaker an den Armeniern als Völkermord zu klassifizieren (Hürriyet Daily News, 05.07.2016).

Der Schritt der Türkei, Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Einreise für die Inspektion der in der Türkei stationierten Bundeswehrsoldaten zu verweigern, bedeutet eine inakzeptable Einschränkung der Informations- und Kontrollrechte von Parlamentariern des Deutschen Bundestages.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee (Artikel 87a Absatz 1 des Grundgesetzes). Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben das Recht und sogar die Pflicht, sich auch über die Dienstausübung der Bundeswehr im Auslandseinsatz vor Ort zu informieren. Da die Türkei auch bis auf weiteres keine Veranlassung sieht, ihre Blockadehaltung in dieser Frage aufzugeben, sieht der Deutsche Bundestag die Bedingungen für die Stationierung von Truppen der Bundeswehr in der Türkei nicht mehr als gegeben an.

II. Der Deutsche Bundestag widerruft die Zustimmung zu dem Einsatz der bewaffneten Streitkräfte gemäß § 8 Parlamentsbeteiligungsgesetz und fordert die Bundesregierung auf, die in der Türkei stationierten Truppen der Bundeswehr unverzüglich zurückzurufen.

Berlin, den 5. Juli 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333